

Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz  
Herrn Bundesminister  
Robert Habeck  
Scharnhorststraße 34-37  
11019 Berlin

Berlin, den 09. Juni 2023

## **Offener Brief der Initiative FiscalFuture zu notwendigen Investitionen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Habeck,

als deutschlandweit größtes finanzpolitisches Netzwerk junger Menschen blicken wir äußerst besorgt auf die gravierenden Investitionslücken. Auch politisch bereits beschlossenen Projekten droht eine Unterfinanzierung.

Als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz tragen Sie eine besondere Verantwortung, die erforderlichen Investitionen zum Erreichen der gesetzlich vereinbarten Klimaziele einzuhalten. So haben Krebs & Steitz ([2021](#)) einen staatlichen Finanzierungsbedarf in Höhe von 460 Milliarden Euro ermittelt, der für das Erreichen der gesetzlich vereinbarten Klimaziele erforderlich ist. Die aktuell geplanten Investitionen reichen hingegen nicht aus, um die Klimaziele zu erreichen ([Murau & Thie, 2022](#)).

Um die im Jahr 2045 angestrebte Klimaneutralität zu erreichen, sind im Bereich der Energieversorgung zusätzliche staatliche Mittel in Höhe von 297 Milliarden Euro nötig ([KfW, 2022](#)). Eine Studie von Murau & Thie ([2022](#)) beziffert die Investitionslücke im Bereich Energie auf knapp 113 Milliarden Euro bis 2030. Zudem gibt es staatliche Finanzierungsbedarfe zur Dekarbonisierung des Gebäudesektors, welche von verschiedenen Studien auf jährlich 15 bis 22 Milliarden Euro geschätzt werden ([Krebs & Steitz \(2021\)](#), [BCG \(2021\)](#), [Wuppertal Institut \(2022\)](#)).

Die Gegenfinanzierung dieser Bedarfe wäre über Schuldenfinanzierung, eine Abschaffung der Steuerprivilegien bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder den Abbau umweltschädlicher Subventionen denkbar. Diese Ideen haben wir ebenfalls dem Bundesfinanzminister übermittelt. Als Bundesminister für Wirtschaft und Klimaschutz tragen Sie eine besondere Verantwortung, die Transformation unserer Wirtschaft und Gesellschaft zu bewirken. Wir hoffen, dass Ihnen diese Erinnerung an zusätzliche Investitionsbedarfe weiterhilft und stehen jederzeit für einen tiefergehenden Austausch zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Initiative FiscalFuture  
vertreten durch Carl Mühlbach

### **Über FiscalFuture**

Als überparteiliche und gemeinnützige Initiative vertritt FiscalFuture ein deutschlandweites Netzwerk finanzpolitisch aktiver junger Menschen. FiscalFuture engagiert sich im Bereich der finanzpolitischen Bildungsarbeit und setzt sich für eine faktenbasierte und zukunftsfähige Finanzpolitik ein, welche die Interessen der jungen Generationen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation anerkennt.

Bundesministerium der Finanzen  
Herrn Bundesminister  
Christian Lindner  
Wilhelmstraße 97  
10117 Berlin

Berlin, den 09. Juni 2023

## **Offener Brief der Initiative FiscalFuture zu notwendigen Investitionen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Lindner,

als deutschlandweit größtes finanzpolitisches Netzwerk junger Menschen blicken wir äußerst besorgt auf die gravierenden Investitionslücken. Auch politisch bereits beschlossenen Projekten droht eine Unterfinanzierung.

Bereits 2019 hat eine [Studie](#) der Wirtschaftsforschungsinstitute IW und IMK gezeigt, dass jährlich 45 Milliarden Euro an zusätzlichen Investitionen notwendig sind. Diese Lücken wurden bis heute nicht gedeckt. So haben Krebs & Steitz ([2021](#)) berechnet, dass bis 2030 insgesamt 460 Milliarden Euro an staatlichen Investitionen erforderlich sind, damit die gesetzlich vereinbarten Klimaziele erreicht werden können. Die aktuell geplanten Investitionen reichen nicht aus um die Klimaziele zu erreichen, alleine bis 2030 gibt es unter Berücksichtigung bisheriger Finanzierungskonzepte (inkl. des KTF) eine Finanzierungslücke in Höhe von mindestens 160 Milliarden Euro ([Murau & Thie, 2022](#)). Als Finanzminister tragen Sie eine besondere Verantwortung, die Finanzierung der benötigten staatlichen Investitionen sicherzustellen. Für eine erfolgreiche Bewältigung der Transformation muss zudem die zentrale Rolle der Kommunen berücksichtigt werden, weshalb eine angemessene und zielgenaue finanzielle Unterstützung der Kommunen unverzichtbar ist.

Für eine Gegenfinanzierung der Investitionen gibt es verschiedene Optionen. So ist eine Schuldenfinanzierung von Investitionen aus ökonomischer Sicht naheliegend und die Klimakrise erfüllt als außergewöhnliche Notsituation viele Kriterien für das Aussetzen der Schuldenbremse. Zusätzlich würde eine Abschaffung der Steuerprivilegien bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer dem Staat laut Subventionsberichts des Bundes ([2021](#)) jährlich mehr als fünf Milliarden Euro einbringen. Auch eine Abschaffung oder Reduktion umweltschädlicher Subventionen ist denkbar, welche den Staat laut Umweltbundesamt ([2021](#)) jährlich 65,4 Milliarden Euro kosten.

Sie haben auch der jungen Generation das Versprechen gegeben, ein "Ermöglichungsminister" zu sein. Wir hoffen, dass Ihnen diese Erinnerung an Finanzierungsbedarfe und mögliche Finanzierungsoptionen weiterhilft und stehen jederzeit für einen tiefergehenden Austausch zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Initiative FiscalFuture  
vertreten durch Carl Mühlbach

### **Über FiscalFuture**

Als überparteiliche und gemeinnützige Initiative vertritt FiscalFuture ein deutschlandweites Netzwerk finanzpolitisch aktiver junger Menschen. FiscalFuture engagiert sich im Bereich der finanzpolitischen Bildungsarbeit und setzt sich für eine faktenbasierte und zukunftsfähige Finanzpolitik ein, welche die Interessen der jungen Generationen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation anerkennt.

Bundesministerium für Digitales und Verkehr  
Herrn Bundesminister  
Volker Wissing  
Invalidenstraße 44  
10115 Berlin

Berlin, den 09. Juni 2023

## **Offener Brief der Initiative FiscalFuture zu notwendigen Investitionen**

Sehr geehrter Herr Bundesminister Wissing,

als deutschlandweit größtes finanzpolitisches Netzwerk junger Menschen blicken wir äußerst besorgt auf gravierende Investitionslücken in Ihrem Ressort. Als Bundesminister für Digitales und Verkehr tragen Sie eine besondere Verantwortung für die Erreichung der Klimaschutzziele in der Mobilität und die Umsetzung hierzu notwendiger Investitionen.

Im Rahmen der Mobilitätswende sind Schätzungen zufolge alleine im Verkehrssektor Klimaschutzinvestitionen in Höhe von 137 Milliarden Euro notwendig ([Brand & Römer, 2022](#)). Hiervon entfällt der größte Teil mit 51 Milliarden Euro auf den Schienenverkehr, gefolgt von Investitionen in die Ladeinfrastruktur in Höhe von 34 Milliarden Euro. Da der Schiene als führendes Transportnetz für Personen und Güter eine zentrale Rolle in der Transformation des Wirtschaftsstandortes Deutschland zukommt, ist es ratsam den Investitionsstau von ca. 90 Milliarden Euro ([DB, 2023](#)) zum Erhalt der Infrastruktur forciert abzubauen. Für den Deutschlandtakt sind bis 2030 Mehrinvestitionen in Höhe von 48,5 Milliarden Euro notwendig ([Abschlussbericht Deutschlandtakt, 2022](#)).

Aktuell sollen Förderprogramme für den Mobilfunk- und Glasfaserausbau gekürzt werden, dabei beträgt der geschätzte Investitionsbedarf für den Aufbau von flächendeckenden Gigabitnetzen in Deutschland zwischen 50 und 90 Milliarden Euro ([Gigabitbüro des Bundes](#)). Eine flächendeckende und schnelle Internetverbindung ist kein Nice-to-have, sondern die Grundlage für moderne Bildungsangebote, neue Arbeitsverhältnisse und die Ansiedlung innovativer Unternehmen.

Die Gegenfinanzierung dieser Projekte wäre über Schuldenfinanzierung, eine Abschaffung der Steuerprivilegien bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder den Abbau umweltschädlicher Subventionen denkbar. Diese Ideen haben wir ebenfalls dem Bundesfinanzminister übermittelt. Als Bundesminister für Verkehr und Digitalisierung tragen Sie eine besondere Verantwortung für eine klimaschonende Mobilitätswende und eine zukunftsfähige digitale Infrastruktur. Wir ermutigen Sie, auf die zur Umsetzung der erforderlichen Maßnahmen benötigten Finanzmittel zu bestehen.

Hochachtungsvoll

Initiative FiscalFuture  
vertreten durch Carl Mühlbach

### **Über FiscalFuture**

Als überparteiliche und gemeinnützige Initiative vertritt FiscalFuture ein deutschlandweites Netzwerk finanzpolitisch aktiver junger Menschen. FiscalFuture engagiert sich im Bereich der finanzpolitischen Bildungsarbeit und setzt sich für eine faktenbasierte und zukunftsfähige Finanzpolitik ein, welche die Interessen der jungen Generationen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation anerkennt.

Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen  
Frau Bundesministerin  
Klara Geywitz  
Krausenstraße 17 - 18  
10117 Berlin

Berlin, den 09. Juni 2023

## **Offener Brief der Initiative FiscalFuture zu notwendigen Investitionen**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Geywitz,

als deutschlandweit größtes finanzpolitisches Netzwerk junger Menschen blicken wir äußerst besorgt auf die gravierenden Investitionslücken. Auch politisch bereits beschlossenen Projekten droht eine Unterfinanzierung. In Zeiten entscheidender Weichenstellungen in den Bereichen des sozialen Wohnungsbaus und der Städtebauförderung sehen wir Sie in besonderer Verantwortung.

Sozialer Wohnungsbau ist eines der Kernversprechen der Regierung. In der Finanzplanung sind hierfür bis 2026 insgesamt 14,5 Milliarden Euro vorgesehen. Um die im Koalitionsvertrag vereinbarten Ziele von 400.000 neuen Sozialwohnungen zu erfüllen, sind laut einer Studie des Bauforschungsinstituts ARGE und Pestel-Instituts ([2023](#)) jedoch bereits bis 2025 mehr als 50 Milliarden Euro erforderlich.

Weitere ungedeckte Finanzierungsbedarfe liegen in der Anpassung der Städte an den Klimaschutz. Dies betrifft das Vorantreiben von Klimaschutz im Städtebau und die Reduktion der Risiken und Folgen des Klimawandels auf städtischer Ebene. Die vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung ([2021](#)) berechneten Finanzierungsbedarfe werden durch die jährlich geplanten 790 Millionen Euro nicht abgedeckt.

Die Gegenfinanzierung dieser Projekte wäre unter anderem über eine Abschaffung der Steuerprivilegien bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder den Abbau umweltschädlicher Subventionen denkbar. Diese Ideen haben wir ebenfalls dem Bundesfinanzminister übermittelt. Als Bauministerin sehen wir Sie in einer besonderen Verantwortung, die erforderlichen staatlichen Investitionen im Sozialen Wohnungsbau sowie der Städtebauförderung zu bewirken. Wir hoffen, dass Ihnen diese Erinnerung an Finanzierungsbedarfe weiterhilft und stehen jederzeit für einen tiefgehenden Austausch zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Initiative FiscalFuture  
vertreten durch Carl Mühlbach

### **Über FiscalFuture**

Als überparteiliche und gemeinnützige Initiative vertritt FiscalFuture ein deutschlandweites Netzwerk finanzpolitisch aktiver junger Menschen. FiscalFuture engagiert sich im Bereich der finanzpolitischen Bildungsarbeit und setzt sich für eine faktenbasierte und zukunftsfähige Finanzpolitik ein, welche die Interessen der jungen Generationen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation anerkennt.

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
Frau Bundesministerin  
Svenja Schulze  
Stresemannstraße 94  
10963 Berlin

Berlin, den 09. Juni 2023

## **Offener Brief der Initiative FiscalFuture zu notwendigen Investitionen**

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Schulze,

als deutschlandweit größtes finanzpolitisches Netzwerk junger Menschen blicken wir äußerst besorgt auf die gravierenden Finanzierungslücken. Investitionen in internationale Klimafinanzierung sind eine zentrale Komponente, um unseren Planeten als Lebensgrundlage für kommende Generationen zu erhalten. Laut IPCC-Bericht [\(2022\)](#) braucht es global circa dreimal bis sechsmal so viele Investitionen in internationale Klimafinanzierung. Bereits 2009 haben sich die Industrieländer auf das Ziel verständigt, ab 2020 jährlich 100 Mrd. US-Dollar für Klimaschutz und Klimaanpassung in Entwicklungsländern zu finanzieren. Dieses Ziel wurde bis heute nicht erreicht. Beim Petersberger Klimadialog [\(2022\)](#) hat sich die Bundesregierung das Ziel gesetzt, ab 2025 jährlich sechs Milliarden Euro zur internationalen Klimafinanzierung beizusteuern. Zahlreiche Organisationen ([Klima-Allianz & VENRO \(2022\)](#); [Oxfam \(2021\)](#); [WWF \(2022\)](#)) empfehlen jedoch einen höheren Beitrag in der Größenordnung von acht Milliarden Euro.

Zudem ermittelt eine Studie des Verbands "Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe" [\(2022\)](#) zusätzliche Finanzierungsbedarfe in Höhe von drei Milliarden Euro zur allgemeinen Unterstützung von Least Developed Countries sowie in Höhe von 2,3 Milliarden Euro für Ernährungssicherheit.

Uns ist unklar, wie diese Bedarfe bei einer Kürzung des Etats des BMZ finanziert werden können. Die Gegenfinanzierung dieser Projekte wäre beispielsweise über eine Abschaffung der Steuerprivilegien bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer oder den Abbau umweltschädlicher Subventionen denkbar. Diese Ideen haben wir ebenfalls dem Bundesfinanzminister übermittelt. Als Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kommt Ihnen eine Schlüsselrolle beim Erhalt der Lebensgrundlagen zukünftiger Generationen zu. Wir hoffen, dass Ihnen diese Erinnerung an Finanzierungsbedarfe weiterhilft und stehen jederzeit für einen tiefergehenden Austausch zur Verfügung.

Hochachtungsvoll

Initiative FiscalFuture  
vertreten durch Carl Mühlbach

### **Über FiscalFuture**

Als überparteiliche und gemeinnützige Initiative vertritt FiscalFuture ein deutschlandweites Netzwerk finanzpolitisch aktiver junger Menschen. FiscalFuture engagiert sich im Bereich der finanzpolitischen Bildungsarbeit und setzt sich für eine faktenbasierte und zukunftsfähige Finanzpolitik ein, welche die Interessen der jungen Generationen und die Notwendigkeit einer sozial-ökologischen Transformation anerkennt.